

Die KP Rußlands: Eine systemintegrierte, strukturkonservierende Protestpartei

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1999). *Die KP Rußlands: Eine systemintegrierte, strukturkonservierende Protestpartei*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 49/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48234>

Nutzungsbedingungen:

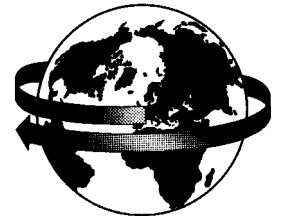
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland
1999/5*

Nr. 49/1999

15. November 1999

**Die KP Rußlands: Eine systemintegrierte, strukturkonservierende
Protestpartei**

Zusammenfassung

Mit rund 540.000 Mitgliedern, einer landesweit verankerten Organisation, starken Bastionen in bestimmten Regionen und – gemeinsam mit ihren Partnern – fast 40 Prozent der Sitze in der Staatsduma bildet die KPRF im politischen Kräftefeld Rußlands einen bedeutenden Einflußfaktor. Viele Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die eher nationalpatriotisch als sozialdemokratisch orientierte Partei stagniert oder sogar vom Abstieg bedroht ist. Die Partei hat wenig Chancen, im Zuge der Staatsdumawahlen vom Dezember 1999 und der Präsidentschaftswahlen vom Juni 2000 die Entwicklungen in Rußland entscheidend zu beeinflussen.

Unter allen politischen Gruppierungen des Landes ist die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) die weitaus mitgliederstärkste, zugleich aber auch die von den schärfsten inneren Widersprüchen geprägte Formation.¹ Nach westlichen Kategorien ist die KPRF unter organisatorisch-formalen Gesichtspunkten zwar die einzig wirkliche Partei des Landes, stützt sie sich doch in ihrer Praxis ähnlich wie die europäische Sozialdemokratie auf eine ausgefeilte Programmatik ("Programmpartei"), auf ein dichtes Netz von landesweiten Basisorganisationen, auf eine breite soziale Verankerung in wichtigen Berufsgruppen und Regionen. Andererseits betont die KPRF jedoch die eigenen, westlicher Dekadenz überlegenen Werte des russischen Zivilisationstyps und will die spezifische, historisch verankerte "russische Idee" der zukünftigen Staatsdoktrin zugrunde legen. Logischerweise ergeben sich hieraus einschneidende Divergenzen zur internationalen Sozialdemokratie. Unter vielen Aspekten ist die KPRF eine zutiefst strukturkonservative Partei. In radikalem Unterschied zu den überwiegend zu Sozialdemokraten mutierten Ex-KPern Ostmitteleuropas hat die KPRF den Postkommunismus verbunden mit dem Präkommunismus von Staatsallmacht, "Patriotismus" und imperialen Ambitionen großrussischer Prägung. Mitte der 90er Jahre schien es, als könne die KPRF

¹ Zu Programm, Struktur und Politik der KPRF vgl. J. Barth Urban/V. Solovei, *Russia's Communists at the Crossroads*, Boulder/Oxford 1997; R. Sakwa, *Left or Right? The CPRF and the Problem of Democratic Consolidation in Russia*, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics* (Ilford) 1-2/1998, S. 128-159; sowie meinen Beitrag: *Die KP Rußlands – Struktur, Programm, Aktionsmuster*, Berichte des Bundesinstituts 9/1998. Eingeflossen in die Analyse sind Ergebnisse eines Gesprächs mit dem Stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden I. Mel'nikov sowie seinem Konsultanten B. Zarankin vom 23.9.1999 in Moskau.

zusammen mit ihren Verbündeten aus dem nationalpatriotischen und dem radikalkommunistischen Lager als relativ geschlossene Gegenbewegung gegen den Jelzin-Block die Machtfrage stellen. Immerhin kam die Partei bei den Staatsdumawahlen vom Dezember 1995 und der Stichwahl für die Präsidentschaft vom Juli 1996 gemeinsam mit ihren Partnern auf jeweils rund 40 Prozent der Mandate bzw. der Stimmen. In 70 der 89 Subjekte der Föderation hatte sie bei der Parlamentswahl auf den Parteilisten sogar den ersten Platz erobert, in weiteren 13 landete sie an zweiter Stelle. Heute, vier Jahre später, scheint es, als sei die KP damals an ihre Grenzen gestoßen und müsse mit einem Schrumpfen ihres Potentials rechnen. Wird sie sich als wichtiger nationaler Einflußfaktor behaupten können, oder wird sie weiter an Anziehungskraft einbüßen?

Zuspitzung struktureller Probleme

Mit rund 540.000 Parteibuchbesitzern und 27.000 Grundorganisationen in allen Teilen des Landes zählt die KPRF etwa doppelt soviel Mitglieder wie alle anderen Parteien Rußlands zusammengekommen. Damit verfügt sie gerade in Wahlperioden über eine erhebliche spezifische Mobilisierungskraft, mit der sie ihre begrenzte Medienpräsenz zumindest teilweise kompensieren kann. Besonders stark ist sie mit 30 und mehr Prozent in dem "roten Gürtel" von Regionen mittleren Entwicklungsniveaus, der sich westlich und südlich von Moskau über die Gebiete Smolensk, Brjansk, Kursk, Orjol, Belgorod, Woronesh, Tambow bis zur Republik Mordwinien hinzieht. Ihre Mitglieder und Wähler findet die KPRF vor allem in solchen sozialen Gruppen, die zu den Verlierern der Umbrüche zählen: Rentner, Kriegsveteranen, kinderreiche Familien, Staatsangestellte (Lehrer, Humanwissenschaftler, Krankenpersonal, Militärs), ferner Arbeiter unrentabler Betriebe und aus dem Agrarbereich sowie Teile der sozial deklassierten technischen Intelligenz aus Industrie und den Konstruktionsbüros der Hochtechnologie. Gerade aufgrund ihrer Verankerung in traditionellen Parteistrukturen und sozialen Problemgruppen hat sie mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen.² Hierzu stichwortartig einige Indizien:

Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPRF sind überaltert: Unter den über 55jährigen Wählern belegt sie den ersten Platz, während sie unter den 18 bis 24jährigen nicht unter die ersten fünf kommt. "Heute kehrt die Jugend der Partei den Rücken", klagte ihr Vorsitzender Gennadij Sjuganow im Juni 1998 vor dem ZK-Plenum und empfahl, jedes KP-Mitglied solle in seiner Familie ein Jungmitglied anwerben.³ Die andauernde Stagnation der Parteibuchbesitzer signalisiert, daß diesem kuriosen Aufruf – die KP gleichsam als Familienbetrieb – offenbar kein Erfolg beschieden war. Hinzu kommt: In den innovativen urbanen Zentren wie Moskau, St. Petersburg, Jekaterinburg, Nishnij-Nowgorod, Samara und Saratow bildet die KP unter der Wählerschaft mit Zahlen um 10 Prozent eine relativ einflußlose Minderheit. Ganz offenbar ist die rückwärtsgewandte Partei mit ihrem Programm großrussisch-imperialer Nostalgie wenig attraktiv für Angehörige neuer sozialer Schichten in den reformoffenen Großstädten. Ferner: Eigenen Angaben zufolge hat die KP den *Kontakt zur Arbeiterklasse* weitgehend verloren. Nach Abschwung und Zusammenbruch großer Industriebereiche sei sie desorientiert und passiviert, heißt es, so daß von einer organisierten Arbeiterklasse gegenwärtig überhaupt nicht geredet werden könne.⁴ Damit aber sind die Chancen der KPRF zu außerparlamentarischer Massenmobilisierung begrenzt, mit der der KP-Parlamentsarbeit von außen die nötige Schubkraft verliehen werden soll. Deutlich sichtbar wird dies an der geringen Beteiligung an den nationalen "Protesttagen" bzw. "Streiktagen" der vergangenen Jahre, die von der KPRF ausgerufen wurden und statt der erwarteten 20 Mio. Demonstranten nur rund 2 bis 3 Mio. Teilnehmer auf die Straße brachten. Symptomatisch für die Mobilisierungsschwäche der KP ist darüber hinaus die Tatsache, daß die Sjuganow-Partei in Umkehrung früherer Hierarchien dem Unabhängigen Gewerkschaftsverband (den ehemaligen Staatsgewerkschaften) nicht selten die inhaltliche

² Vgl. hierzu den bemerkenswert selbstkritischen Beitrag von V. Peškov, KPRF: novye vybory – novye zadači, in: *Obozrevatel'* (Moskau) 1/1999, S. 20-27. Peškov ist als ZK-Sekretär zuständig für Wahlkampfmanagement.

³ *Kommunist* (Moskau) 4/1998, S. 21-37.

⁴ So der Erste Stellvertretende Vorsitzende der KP, V. Kupcov, auf einem vom Autor besuchten Treffen anlässlich des IV. KPRF-Kongresses im April 1997.

und organisatorische Führung überlassen muß. Als problematisch erwies sich schließlich die Vorstellung, die gewachsene Stärke der KP in den von ihr dominierten *Regionen* zu bündeln und als Gegenmacht gegen die Jelzin-Administration zu positionieren. So wandten sich mehrere Gouverneure, die ihr Amt kommunistischer Wahlhilfe verdankten – KP-Angaben zufolge mehr als 30 – später von der Partei ab und nahmen pragmatische Arbeitsbeziehungen zur Regierung in Moskau auf: Nur so bot sich für ihre Region die Chance, auch weiterhin in den Genuß von Dotationen, Privilegien und Projektförderung zu kommen. Darüber hinaus sei es nur unzureichend gelungen – so KP-Wahlkampfmanager Viktor Peschkow –, die politischen Positionen in den kommunistisch regierten Regionen in wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bereiche hinein auszubauen und sie so zu zuverlässigen Stützpunkten der Partei zu machen.⁵

Erosion von Partei und Bündnissystem

Verschärft wurden die wachsenden Probleme der KPRF in den Bereichen Struktur und Verankerung durch zunehmende Desintegrationstendenzen innerhalb der Partei sowie auch im Verhältnis zu ihren Bündnispartnern. Konnte die KPRF in dem Wahlmarathon von 1995/96 nach außen noch relativ geschlossen auftreten, so untergraben diffuse Programmatik, Koexistenz politisch heterogener Gruppierungen sowie Widersprüche zwischen regimiefeindlichem Verbalradikalismus und systemstützenden Absprachen mit dem Jelzin-Regime in zunehmendem Maße die Kohäsion der Partei und der von ihr dominierten Sammlungsbewegung "Volkspatriotische Union".

Was die *Partei* angeht, so klagte ihr Vorsitzender Sjuganow offen über mangelnde Disziplin und rief unter Berufung auf Lenin wiederholt zu geschlossenem Handeln auf. Tatsächlich bröckelt die KP an ihren Rändern, wobei sich beide Extreme insbesondere in dem an Sjuganow gerichteten Vorwurf einer Politik der "Absprachen" mit der Regierung (*soglašatel'stvo*) einig sind. Am linken Rand der KPRF bildete sich im Zeichen einer scharfen Grundsatzkritik an der Sjuganow-Linie eine "Leninistisch-Stalinsche Plattform innerhalb der KPRF" heraus, deren Anhänger schätzungsweise 10 bis 15 Prozent in Mitgliedschaft und Funktionärs corps ausmachen. Ihre zentralen Vorwürfe lauteten: Die Führungsgruppe um Sjuganow hat alle Revolutionsambitionen aufgegeben und die KP unter Vernachlässigung ihrer Verankerung in den Massenorganisationen in eine opportunistische, liquidatorische Parlamentspartei transformiert.⁶ Die KPRF-Führung löste die linksextreme Plattform kurzerhand auf, zumal diese Sjuganow offen zum Rücktritt von seinen Funktionen als Vorsitzender der KP, der "Volkspatriotischen Union" und der KP-Fraktion in der Staatsduma aufgefordert hatte. Der innerparteiliche Grunddissens ist damit freilich nicht beseitigt. Während die Anhänger der "Plattform" die KP-Führung beschuldigten, zentrale Prinzipien leninistischer Strategie und Taktik über Bord geworfen zu haben, verwirft die rechtsradikale Gruppe um die KPRF-Staatsdumaabgeordneten Viktor Iljuchin (zugleich Vorsitzender des Parlamentskomitees für Sicherheit) und Albert Makaschow genau umgekehrt jeglichen Bezug auf marxistisch-leninistisches Gedankengut als überholt und lästig. Statt dessen pflegt sie einen Hyperpatriotismus, der – mit offen antisemitischer Beimischung⁷ – die volkspatriotische Linie der KP-Führung an Radikalität weit übertrifft und gelegentlich sogar zu aggressivem Widerstand gegen das Jelzin-Regime aufruft. Als Vorsitzender der landesweit verankerten und von dem ermordeten Armeegeneral Rochlin gegründeten "Bewegung zur Unterstützung der Armee, der Verteidigungsindustrie und der Kriegswissenschaft" verfügt Iljuchin über eine starke autonome Organisation, die mit der KP im Wettbewerb um ähnliche Wählergruppen steht, von dieser aber trotz intensiver Bemühungen nicht in den eigenen Wahlblock eingebunden werden konnte. So traf die Sjuganow-KP mit Iljuchins "Bewegung" im September 1999 ein Übereinkommen, das bei der Staatsdumawahl regional eine enge Zusammenarbeit bis hin zur Aufstellung gemeinsamer Kandidaten beider Blöcke vorsieht.

⁵ Peškov, a.a.O., S. 23.

⁶ Die Plattform "Ob idejno-političeskom i organizacionnom edinstve partii" ist abgedruckt in: *Kommunist* 3/1998, S. 30-36.

⁷ Hierzu Chr. Hoffmann, *Der Antisemitismus der russischen Kommunisten*, in: *FAZ*, 16.11.1998.

Komplizierter noch als die Wahrung der KP-Kohäsion gestaltete sich die *Bündnispolitik* der Partei. So hatte die KPRF-Führung um die Jahreswende 1998/99 ernsthaft erwogen, die in der ideologisch und politisch diffusen "Volkspatriotischen Union" vereinten rund 50 Formationen zu den Staatsdumawahlen in drei formal getrennten "Kolonnen" antreten zu lassen. Angesichts der ideologisch-programmatischen Divergenzen ihrer einzelnen Komponenten sei es für eine Maximierung der Stimmen erfolgversprechender – so die Überlegung –, wenn jede "Kolonne" ihre spezifische Klientel anspricht: die KP das national-patriotisch-sozialistische Zentrum, Iljuchins "Bewegung" die Radikalnationalisten und die Militärs sowie die Agrarier Michail Lapschins und Aleksej Podberjoskins Gruppierung "Geistiges Erbe" die gemäßigten Patrioten. Dennoch wurde dieses Bündnis Konzept von der KP-Führung schließlich wieder verworfen: Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß sich die drei "Kolonnen" statt vereint zu schlagen in gegenseitige Wahlpolemik hineinsteigern und daß zwei unter ihnen zum Schaden des Ganzen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden. Der folgende Anschluß eines Teils der Agrarier unter ihrem Führer Lapschin an Lushkows und Primakows "Vaterland – Ganz Rußland"-Bewegung sowie der Austritt der Podberjoskin-Gruppe aus der "Volkspatriotischen Union" demonstrieren, daß das "Drei-Kolonnen"-Projekt für die KP wahrscheinlich in der Tat eher Schaden gebracht hätte. Im Zeichen dieses bündnispolitischen Dilemmas entschied sich die KPRF schließlich, unter Aufrechterhaltung der lockeren Sammlungsbewegung "Volkspatriotische Union" bei den Parlamentswahlen als Wählervereinigung "Kommunistische Partei der Russischen Föderation" anzutreten. Dabei plazierte sie auf ihren Listen an prominenter Stelle Vertreter befreundeter Organisationen sowie herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft – eine "Große Koalition patriotischer Kräfte", wie die Partei stolz verkündete.

Mangelnde Kohärenz von Programm und Politik

Die Programmatik der KPRF ist stärker als zuvor von nationalpatriotischen Losungen geprägt – "Erhebe dich du großes Land" lautet der Titel der von ihr und ihren Partnern unterzeichneten Wahlplattform in ihren verschiedenen Varianten.⁸ Darin wird – nicht zuletzt an die Adresse der Feinde und "Verräter" im eigenen Land gerichtet – betont: Als Großmacht und spezifischer Zivilisationstyp gehe Rußland einen Sonderweg, auf dem es durch westlichen Einfluß weder von innen zersetzt noch von außen bedroht werden dürfe. Genannt werden dabei als tragende Werte und Prinzipien folgende fünf Kernbegriffe: Gerechtigkeit (*spravedlivost'*) – die Wiederherstellung all dessen im sozialen Leben, "dessen uns das grausame Regime beraubte"; Reichsmacht (*deržavnost'*) – die starke Staatsmacht als Garantin von sozialer Gerechtigkeit sowie als Schutz vor kapitalistischer Ausbeutung und "verbrecherischen 'Reformen'"; Volksherrschaft (*narodovlastie*) – die Kontrolle des Volkes über die Staatsorgane im Zeichen einer Verbindung von Demokratismus und Zentralismus; Geistigkeit (*duchovnost'*) – das Streben, "die höchsten, traditionellen russischen Ideale der Wahrheit, des Guten und des Schönen in das Leben einzuführen"; Patriotismus (*patriotizm*) – die Liebe zum Vaterland und die Bereitschaft, die eigenen Interessen zu dessen Gunsten zurückzustellen. Bezüge auf sozialistisches oder marxistisch-leninistisches Gedankengut sind fast gänzlich verschwunden. Allgemeine Grundwerte wie diese können zwar dazu dienen, ein breites Wählerspektrum anzusprechen. Präzise Aktionsprogramme für die konkrete Politik lassen sich daraus jedoch nur schwer gewinnen. Doch ist diese Unbestimmtheit wahrscheinlich sogar gewollt: Profilierte Aussagen zu aktuellen Politikfeldern könnten den Konsens innerhalb des KP-dominierten Lagers sowie die Bereitschaft, Fähigkeit und Praxis der Partei gefährden, innerhalb des Systems mitzuarbeiten sowie Kompromiß und Ausgleich mit der Exekutive zu suchen. Tatsächlich hat die KP gegen gewisse Zusagen der Regierung insbesondere auf sozialpolitischem Felde den von Präsident Jelzin präsentierten Regierungschefs in den meisten Fällen zur nötigen Mehrheit verholfen und den jährlichen Haushalt mitgetragen, zuletzt in erster und zweiter Lesung das Budget 2000. Wiederholt traten

⁸ Abgedruckt in: *Sovetskaja Rossija*, 31.8.1999 (Kurzfassung: ebenda, 23.9.1999). Inhaltlich weitgehend identisch ist die Rede Zjuganovs auf dem VI. Parteitag der KPRF, in: *Sovetskaja Rossija*, 7.9.1999.

Vertrauensleute aus ihren Reihen in die Regierung ein – so Valentin Kowaljow/Justiz, Aman Tulejew/GUS-Angelegenheiten und Jurij Masljukow/Wirtschaft.

Im Grunde hat sich die KPRF, aus dem Schoß der Staats- und Monopolpartei KPdSU hervorgegangen, mittlerweile in eine Parlamentspartei gewandelt: Die eigentliche Entscheidungsbildung der KPRF findet in der Staatsdumafraktion statt, der seit den Wahlen vom Dezember 1995 sämtliche Spitzenpolitiker und die Hälfte der ZK-Mitglieder angehören (71 von 146). Darüber hinaus bildet die KP-Fraktion mit ihren reichen Ressourcen an Assistenzpersonal und modernen Kommunikationsmitteln gerade in Wahlperioden das eigentliche Hauptquartier und Organisationszentrum der Partei (was diese gegenüber Auflösungsdrohungen seitens der Exekutive allerdings auch erpreßbar macht). Vor diesem Hintergrund bildet die KPRF heute eine insgesamt berechenbare Opposition innerhalb des Systems. In gewisser Hinsicht könnte man sogar von der Existenz einer Großen Koalition in Rußland mit der Sjuganow-Partei als ihrem informellen Bestandteil sprechen. Ihre Strategie läuft darauf hinaus, die Voraussetzungen für eine schrittweise Beteiligung an der Macht zu verbessern und diese – zusätzlich gestützt auf die Mobilisierung außerparlamentarischer Massenbewegungen – auf verfassungsmäßigem Wege gleichsam von innen her zu durchdringen. So trägt die KP zur Stabilisierung des Gesamtsystems bei, indem sie politischen und sozialen Protest kanalisiert und in verfassungskonforme Bahnen lenkt.⁹ Allerdings wirken die Widersprüche der Partei zwischen radikaler Rhetorik und faktischer Stützung der Regierung auf ihren Anhang eher demotivierend. Bezeichnenderweise ist es der KPRF-Führung bisher nicht gelungen, ein strukturänderndes Entwicklungsmodell auszuarbeiten, das auch unter den im Zuge der Transformationsprozesse aufwachsenden neuen sozialen Gruppen Interesse hätte wecken können. Statt dessen konzentriert sich die KPRF auf Verteilungsfragen, um über einen passiven Elitenkonsens ihre vom Systemwechsel materiell hart getroffene Klientel angemessen zu bedienen: Als "Partei des Schutzes statt des Angriffs" war die Partei nach Auskunft ihres Wahlkampfmanagers Peschkow bislang nicht in der Lage, "den Durchbruch in neue Wählerschichten zu bewirken".¹⁰

Konsequenzen für den Westen

Die diffuse Programmatik der KPRF und ihre flexible Politik der Systemintegration waren lange Zeit wichtige Faktoren für die innerparteiliche Koexistenz von Nationalpatrioten und Slawophilen mit Sowjettraditionalisten, marxistischen Modernisierern und pragmatischen Reformern. Inzwischen zeichnet sich jedoch ab, daß diese spezifische Form von Stabilität zu Stillstand, Stagnation und sogar Abschwung führt. Die Schätzungen für die Dumawahlen liegen mit einem Anteil zwischen 20 und 26 Prozent (1995: 22,4 Prozent) erheblich unter den KP-Erwartungen, und die 1995 gemeinsam mit den Verbündeten erreichten 40 Prozent aller Dumasitze scheinen für 1999 illusionär. Denn neben Konkurrenten von linksextremer Seite (der "Stalin-Block" von Viktor Anpilow, Stanislaw Terechow und dem Stalin-Enkel Jewgenij Dshugaschwili) formierten sich auf der rechtszentristischen und nationalpatriotischen Flanke insbesondere in Form der "Vaterlands"-Bewegung von Lushkow und Primakow Kräfte, die der KP erhebliche Stimmenanteile nehmen könnten. Entsprechend gering sind die Aussichten für eine erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur Sjuganows im Sommer 2000, zumal sich mittlerweile auch der Jelzin-Kandidat Wladimir Putin den zentralen Slogan der KP zu eigen machte: Grundlage einer neuen Ideologie für die Entwicklung Rußlands sei der Patriotismus, verkündete der Ministerpräsident in einer Rede vor der Blüte russischer Hochschulrektoren.¹¹

Doch selbst dann, wenn die KP stärker an der Regierung beteiligt werden sollte, wird sie keine Rückkehr zum Sowjetsystem betreiben. Sie hat politischen Pluralismus und gemischtwirtschaftliches System inzwischen prinzipiell akzeptiert, und sie weiß: Der Versuch einer Restauration könnte zu Gewalt, Bürgerkrieg und möglicherweise sogar zum Zerfall Rußlands führen. Problematisch für die Stabilität in Rußland wäre eher eine Realisierung der in den Wahlmanifesten der KPRF anvisierten

⁹ Vgl. hierzu Sakwa, a.a.O., S. 150ff., sowie L. Shevtsova, *Yeltsin's Russia*, Washington 1999, S. 290.

¹⁰ So treffend Peškov, a.a.O., S. 22 bzw. 27.

¹¹ Interfax, 3.11.1999.

ökonomisch-sozialen Dringlichkeitsprogramme. Danach sollen umfangreiche Kredite, Subventionen und Finanzhilfen für die notleidenden Zweige der nationalen Industrie, für den Militär-Industrie-Komplex und den de facto noch immer weitgehend kollektiv organisierten Agrarsektor bereitgestellt sowie die Mittel für Mindestlöhne, Renten, Gesundheit, Bildung und sonstige Sozialleistungen drastisch erhöht werden. Zusätzlich sollen auch die Streitkräfte alles erhalten, was nach Ansicht der Kommunisten für die Sicherheit des Landes notwendig ist. Da sich in einem solchen Super-Keynes-Programm die aufgeblähten Staatsausgaben

kaum inflationsneutral finanzieren ließen, würde eine solche Rückkehr zur Verteilungswirtschaft aller Voraussicht nach den Rubel ruinieren und einen Inflationsschub auslösen, der in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen auch für das Ausland nur schwer kontrollierbar wäre.
Die Aussichten

jedenfalls, die genannten materiellen Zusagen durch Mechanismen verstärkter Wirtschaftsregulierung und jährliche Wachstumsraten von 7 bis 12 Prozent (Industrie: 15 Prozent; Landwirtschaft: 5 Prozent; Grundkapital-Investitionen: 15-20 Prozent) realisieren zu können, gehen weit an den Realitäten vorbei.¹²

Auch in den Außenbeziehungen versteht sich die KPRF als Teil des russischen Grundkonsenses. Zwar gibt es neben verbalradikalen Zuspitzungen (NATO als "Hauptfeind" Rußlands) auch auf konkreten Politikfeldern über die Jelzin-Linie hinausgehenden Dissens zu westlichen Positionen. Ein Beispiel hierfür ist das Konzept zur forcierten Reintegration der GUS ("neue Sammlung der Erde"¹³): Die KP zählt zu den engagiertesten Vorkämpfern für eine staatliche Vereinigung Rußlands zunächst mit Belarus, später auch mit der Ukraine und weiteren Republiken der früheren Sowjetunion. Ein anderes Beispiel ist die Weigerung zur Bedienung der Schulden Rußlands gegenüber den internationalen Finanzorganisationen: In der Balance zeige sich, heißt es bei Sjuganow, daß die Summe der von ihnen aus Rußland abgezogenen Gelder die kumulierten Kredite bei weitem übertreffe. Wenn der Westen sein Geld zurückhaben wolle, so solle er es doch in den eigenen Banken auf den Konten der Plünderer und Diebe suchen. Bei dieser Suche werde die KPRF gern aktive Hilfestellung leisten.¹⁴

Zugleich aber bekundet die KPRF ihr Interesse, bei aller Konfliktbereitschaft auf bestimmten Feldern kooperative Beziehungen zum Westen zu pflegen und Situationen offener Konfrontation und Abschottung möglichst zu vermeiden. Zwar stehen in den Wahldokumenten der Partei als Präferenzpartner Rußlands an vorderster Stelle China, Indien und die arabische Welt. Zugleich jedoch gewinnen für sie die EU und hier insbesondere Deutschland deutlich an Gewicht. Die einhellige Zustimmung der KPRF-Staatsdumafraktion zur Ratifizierung des perspektivreichen Partnerschafts- und Kooperationsvertrags Rußland-EU (Dezember 1997) dokumentieren dies ebenso wie die Gespräche Sjuganows während seines Deutschland-Besuchs (November 1998), die sich über den politischen Gedankenaustausch mit Spitzenvertretern aller Bundestagsfraktionen hinaus u.a. auf Fragen projektbezogener Wirtschafts- und Finanzkooperation sowie auf Partnerschaften zwischen Städten und Regionen beider Länder bezogen. Interessanterweise verwies Sjuganow dabei auf die Chance, "über die frühere DDR für Rußland einen strategischen Zugang zur EU insgesamt zu öffnen".¹⁵ Dies ist insofern bemerkenswert, als aus ähnlichen Überlegungen heraus auch das russische Kapital seine in Deutschland getätigten Direktinvestitionen schwerpunktmäßig in den östlichen Ländern plazierte, deren Terrain in Moskau unter verschiedenen Aspekten gut bekannt ist. Somit hat sich in Rußland eine breite Übereinstimmung über die große Bedeutung konstruktiver Beziehungen zu Deutschland und EU-Europa als zentralem Partner für politische Konzertierung, dezentrale Aktivitäten, Wirtschaftsmodernisierung, Handel und wechselseitige Direktinvestitionen herausgebildet. Auch unter diesem Aspekt kann die KP als Teil des Eliten-Konsenses in Rußland bezeichnet werden.

Heinz Timmermann

¹² Zur Wirtschaftsprogrammatische der KP vgl. Zjuganovs Rede auf dem VI. Parteitag, a.a.O.; sowie die Beiträge ihrer Wirtschaftsexperten: S. Glas'ev, Strategija rosta, in: Sovetskaja Rossija, 26.10.1999, und Präsidiumsmitglied V. Vid'manov, Kommunist 4/1999, S. 3-16 (Rede vor dem ZK).

¹³ Wahlplattform, a.a.O.

¹⁴ Auf dem VI. KPRF-Kongreß, a.a.O. Vgl. auch Vid'manov, a.a.O., S. 13.

¹⁵ Približenie peremen, Interview mit Sovetskaja Rossija, 8.12.1998.